



Dr. Stephan Eisel  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreisbüro: Markt 10-12  
53111 Bonn  
0228 -184 99832  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 - 227 - 77088  
[stephan.eisel@bundestag.de](mailto:stephan.eisel@bundestag.de)

# Medienmitteilung

---

Nr. 81/09

01.10. 2009

## Eigenständiges BMZ wichtig für Bonn

Nach Gesprächen in Berlin warnte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel davor, in einer neuen Regierung die Eigenständigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) aufzugeben und das Ministerium in das Auswärtige Amt zu integrieren: „Der FDP hat mehrfach diesen Vorschlag gemacht und will ihn offenbar auch in die Koalitionsverhandlungen einbringen. Das wäre nicht nur ein Schlag gegen die Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik, sondern hätte auch massive Auswirkungen auf das Gewicht des Nord-Süd-Zentrums Bonn.“

Eisel, dessen Bundestagsmandat am 31. Oktober endet, unterstrich, dass es in dieser Frage eine breite Übereinstimmung in der Union gebe: „Die Entwicklungspolitiker in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben mir versichert, dass sie für die Eigenständigkeit des Ministeriums kämpfen. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat der Zusammenführung der Entwicklungspolitik mit dem Auswärtigen Amt bereits beim Afrikakongress der Unionsfraktion im Juni 2009 eine klare Absage erteilt.“ Eisel begrüßte auch das Engagement der Kirchen für ein eigenständiges Entwicklungsministerium. Zuletzt hatte der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Weltkirche an die neue Bundesregierung appelliert, sich für den Erhalt des BMZ einzusetzen.

Nach Eisels Einschätzung ist die Eigenständigkeit des BMZ, das seinen 1. Dienstsitz in Bonn hat, von zentraler Bedeutung für das nationale Nord-Süd-Zentrum Bonn: „Ich nehme meine Verantwortung als Abgeordneter für Bonn im Bundestag bis zum Ende meines Mandats sehr ernst. Die BMZ-Frage ist ein erster Test wie ernst es Guido Westerwelle mit seinem Wahlkampf-Slogan „Bonn in die Regierung“ wirklich ist.“